



Keupers

kritischer

Kommentar

03-2020

März 2020

Die Corona-Pandemie ----- eine gesellschaftliche Herausforderung

Die Corona-Pandemie verändert die Welt. Die Menschen sorgen und ängstigen sich angesteckt zu werden und zu erkranken. Nach Vorgaben der Behörden sollten sie Kontakte mit ihren Mitmenschen vermeiden und Sport- und Kulturveranstaltungen nicht mehr besuchen, nicht mehr in den Urlaub fahren, möglichst auch keine Dienstreisen vornehmen, ja, sogar möglichst daheim bleiben und Ansammlungen von mehr als 5 Personen aus dem Wege gehen. Nach Ansicht unserer Bundeskanzlerin werden die Pandemie und deren Folgen uns zu einer geänderten (sozialen) Lebensform zwingen, uns dazu bringen, dass wir uns in Zukunft grundsätzlich anders verhalten werden als bisher.

Aber auch unsere Ökonomie, unsere Arbeitswelt, ja, sogar unser ökologisches Denken, unser ökologisches Verhalten wird sich ganz anders entwickeln, wie wir es uns noch etwa vor 2 bis 3 Monaten vorgestellt haben. Ein Einbruch unserer Wirtschaftskraft, unseres Wirtschaftswachstums, radikale Veränderungen auf dem globalen Finanzmarkt, eine notwendige rapide Abkehr von einer Finanzpolitik der „Schwarzen Null“ hin zu einer umfassenden Subventionierung des alltäglichen Wirtschaftslebens, werden die Möglichkeiten öffentlicher Förderung zukunftsweisender notwendiger (sozialer) Struktur- und Investitionsmaßnahmen stark einschränken, oder auf längere Sicht fast unmöglich machen. Das bedeutet, die herrschende Corona-Pandemie wird unser Leben nicht nur gesundheitlich verändern!

Die Krisen nach der Krise werden uns verändern.

Denn, wenn der Coronavirus überstanden ist, wird es ein ganz anderes Deutschland sein in der wir leben. Viele Betriebe werden die Phasen der Einschränkungen nicht verkraften. Dieses zieht sich wie ein Rattenschwanz durch alle Branchen. Es wird Millionen Arbeitslose geben. Man wird es vielleicht mit Kurzarbeit und staatlicher Unterstützung etwas abfedern können, aber machen wir uns nichts vor, sehr vieles wird auf der Strecke bleiben. Und gleichzeitig kommen immer mehr, die noch etwas vom verbleibenden Kuchen abhaben wollen.

Darum entwickeln immer mehr Menschen eine zunehmende Angst vor der Zukunft. Denn so heißt es immer wieder, durch die Pandemie wird sich die Wirtschaft, die Arbeitswelt, aber auch die Finanzwelt grundlegend verändern. Nicht nur dass nach deren Ende Wirtschaft und Arbeitswelt längere Zeit brauchen, um wieder voll ins Laufen zu kommen, manche Produktion, manche Handelsangebote, manche Dienstleistung werden ggf. überhaupt nicht mehr angeboten bzw. angefordert werden. Werner Hoyer, Präsident der Europäischen Investitionsbank betont: „Nach der Krise wird es ein Wiederaufbauprogramm geben müssen. Und wir reden dabei über eine Herausforderung für wahrscheinlich einer Dekade. Zudem dürfte man andere Herausforderungen wie den Klimaschutz jetzt nicht einfach ausblenden. Die Coronakrise darf nicht Grund sein, die Klimaziele zu vergessen.“

Die notwendigen finanziellen Hilfen des Staates während und nach der Corona-Epidemie werden zu erheblichen größeren Verschuldungen der Bundesrepublik führen, und mit den ähnlichen hohen Verschuldungen anderer Staaten die Stabilität der Weltgeldwirtschaft enorm belasten, was zu zurzeit nicht erfassbaren Risiken führen könnte.

Auch eine Deglobalisierung der Weltwirtschaft wird zurzeit nicht nur angedacht, sondern wird angesichts der herrschenden Mängel und Probleme während der Corona-Pandemie das Denken der Wirtschaftslenker und Manager beherrschen. Ein räumlich engeres, oft ein nationales Handeln wird den Weltmarkt strukturell grundsätzlich verändern.

Driftet die Politik ins National-Konservative?

Aber auch der einzelne Bürger wird aus den Erfahrungen durch das Bekämpfen der Pandemie nicht nur verängstigt, sondern wird auch immer mehr sich politisch national-konservativ orientieren. Das merkt man heute schon. Die CDU mit einer erkennbaren werteorientierter konservativeren Politik beruhigt und besänftigt zurzeit mehr die Bevölkerung, während progressives fortschrittliches Denken und Handeln nicht gerade „In“ ist. Diese Tendenzen zur konservativ-orientierten Politik, dieses den Bestand, das Erreichte zu festigen und zu wahren, das immer mehr Rückbesinnen auf das Nationale ist aber schon seit geraumer Zeit vor der Corona-Pandemie, Bestandteil der politischen Entwicklung unserer Epoche.

Unser ehemaliger Bundespräsident Joachim Gauck kommt in seinem neuen Buch: „Toleranz: einfach schwer“, welches am 18. Juni im Herder-Verlag erscheinen wird, zu dem Schluss: „Populismus ist eine schlüssige Antwort auf den Erfolg des Neoliberalismus.“

In seinen Ausführungen bezieht er sich auf einen Artikel von Ralf Dahrendorf aus dem Jahre 1997. „Die Globalisierung“, so schrieb der große liberale Denker damals in einer überregionalen Wochenzeitung, „werde zur nächsten großen Herausforderung einer Politik der Freiheit. Denn Globalisierung schaffe nicht nur weltweiten Handel, eine Informationsrevolution, neue Lebenschancen für ungezählte Millionen von Menschen; sie vergrößere auch die Schere zwischen Arm und Reich, führe zur Entstehung einer Unterklasse, die keinen (oder nur geringeren) Zugang zum Arbeitsmarkt habe, und gefährde damit den sozialen Zusammenhalt.“ In dem Buch vom ehemaligen Bundespräsidenten Gauck wird unter anderem festgestellt: „Denn wenn eine Gesellschaft zu divers wird, fühlt sich ein Teil der Bürger im eigenen Land nicht mehr zu Hause, und seine Bereitschaft zum Teilen nimmt ab. Es ist zu befürchten, dass in derartigen Situationen, die Intoleranz und nicht die Toleranz wächst“. Ein Jahrhundert des Autoritarismus, so seine düstere Vorausschau, sei jedenfalls keineswegs eine unwahrscheinliche Prognose für das 21. Jahrhundert. Nach dem Exbundespräsidenten ist also eine nationalkonservative Entwicklung, eine Art „konservative Revolution“, für die Zukunft ein denkbares Ergebnis in unserem Lande, was jetzt schon nach der Vorausschau auf das Buch erwartbare Gegenreaktionen in den Medien erzeugt.

Die Sozialdemokratie muss für mehr progressive Demokratie kämpfen.

Diesen zuvor angeführten Tendenzen muss aber die Sozialdemokratie vehement entgegentreten. Sie muss auch in den schwierigen Zeiten der Angst des kleinen Mannes vor der Zukunft dafür eintreten, dass Freiheit, dass Demokratie auch bei geringerem Wohlstand das Zukunftsmodell für die Menschen ist und bleibt! Sie muss darauf achten, dass weiterhin ein soziales Gleichgewicht in unserer Gesellschaft herrscht bzw. gewährleistet wird. Mit Hubertus Heil, mit Olaf Scholz und Franziska Giffey hat die SPD in der jetzigen Bundesregierung effektiv handelnde Persönlichkeiten, die eine zukunftsweisende und sozial ausgerichtete Politik in der Gesundheitskrise betreiben und auch nach der Krise gewährleisten. Es zeigt sich, dass die Sozialdemokraten in der jetzigen Bundesregierung ein Garant für eine soziale Ausgeglichenheit der Politik in schwieriger Zeit sind und bleiben werden

und damit ein Garant sind für den Bestand einer sozialen Demokratie!

Drohende Veränderungen in Wirtschaft und Arbeitswelt zeichneten sich schon vorher ab.

Doch schon vor der Krankheitswelle durch diesen neuen, bisher unbekanntem Virus, waren Veränderungen in Wirtschafts- und Finanzentwicklungen sowie in den sogenannten weltpolitischen Machtstrukturen erkennbar, welche unsere Lebensweise, unsere Lebensart wesentlich beeinträchtigen könnten. Nur wurden sie von der Politik, von den Wirtschaftsexperten und der Medienwelt bewusst heruntergespielt bzw. verschwiegen und andere (notwendige) Veränderungen unserer Lebensweise, unserer sozial geprägten Lebensart radikal in den Vordergrund gerückt, wie zum Beispiel durch die geforderten Schritte zur Vermeidung eines drohenden Klimawandels. Veränderungen dessen Durchsetzung zwangsläufig zu erheblichen sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft führen werden. Aber auch die drohenden Veränderungen durch eine neue digitale Arbeitswelt und der fortschreitenden Alterung unserer Gesellschaft schaffen Probleme, welche immer mehr zu einer allgemeinen Verunsicherung, zu einer allgemeinen Verängstigung unserer Mitmenschen führen. Zu einer Verunsicherung, die Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben haben werden, was ggf. zu einer immer mehr um sich greifenden Radikalisierung in unserer Gesellschaft, unseres täglichen Alltag führt.

Der Grundinhalt der Demokratie ist die Toleranz.

Meinungsfetischismus, Stigmatisierung und Ausgrenzung Andersdenkender bis hin zur Gewaltdrohung, ja, sogar Gewaltanwendung sind heutzutage schon fast zur Gewohnheit in unserem täglichen Alltag geworden. Dass Meinungsverschiedenheit und Diskussion, dass das Kämpfen um Kompromisslösungen Grundelemente einer Demokratie sind, dass eben diese Demokratie lebendig wird durch die Differenz unterschiedlicher Meinungen, unterschiedlicher Ansichten scheint immer mehr in Vergessenheit zu geraten, ja, immer mehr verloren zu gehen.

In einer freien Demokratie gibt es keine „Feinde“, keine „Gegner“, sondern nur „Andersdenkende“, wobei man selbst immer in Erwägung ziehen sollte, dass der Andersdenkende, auch wenn man von seiner eigenen Denkweise, seiner Sichtweise fest überzeugt ist, vielleicht doch recht haben könnte mit seiner Argumentation. Oft habe ich als Kommunalpolitiker erlebt, im Laufe einer Diskussion im Rat erkennen zu müssen, dass die Gegenseite unter bestimmten Voraussetzungen mit ihrer Argumentation vielleicht doch richtiger liegen könnte. Denn man lernt ja immer noch dazu! Und wichtig war mir damals immer, nach einer noch so hitzigen Diskussion, nach der Ratssitzung, in einer gemütlichen Runde einer „Nachsitzung“ der Ratsmitglieder, gemeinsam mit meinen Wortkontrahenten ein Bier zu trinken und sich gegenseitig mit einem vertraulichen „DU“ anzusprechen. Denn jeder, der sich für die Gesellschaft einsetzt, sich engagiert, ist aktiv für das Gemeinsame, für die Demokratie!

Doch leider vergessen immer mehr Menschen diese Betonungen der (demokratischen) Gemeinsamkeit, und damit vermindert sich immer mehr die Sinnhaftigkeit der Demokratie. Demokratie heißt freie Meinungsäußerung, freies Leben in einer sozialen Gemeinschaft, denn nur in einer freien und sozialen Gemeinschaft kann man ein eigenes freies Leben führen und gestalten! Der persönliche Erfolg ist abhängig vom Funktionieren der sozialen Gesellschaft, der zwischenmenschlichen Gemeinsamkeit, dem Funktionieren einer freiheitlichen repräsentativen Demokratie!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 21. März 2020,

Heinrich Keuper